



JAHRESRÜCKBLICK 2019

Ein Jahr mit dem Loxstedter Landtagsabgeordneten Oliver Lotte



Oliver Lottke MdL

“Jahresrückblick 2019”

Mein Jahr 2019 im niedersächsischen Landtag und dem Wahlkreis 59

Auf einen Blick

Ausgabe: 01/2019

ET: Februar 2020

Internet: www.oliver-lottke.de

Mail: buero@oliver-lottke.de

ÖPNV

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) war gleich zu Jahresbeginn ein investiver Schwerpunkt der SPD-geführten Landesregierung: Mit 96,6 Millionen Euro für den regionalen Nahverkehr wurde ein klarer Schwerpunkt im ländlichen Raum gesetzt. Innerhalb des sogenannten **ÖPNV-**



Flächenprogramms haben wir im Landkreis Osterholz in Lilienthal den Ausbau der Bushaltestelle Grundschule Trupermoor an der K18 (Nordseite) bezuschusst: Von den voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von 81.400 Euro betrug der voraussichtliche Anteil zuwendungsfähiger Ausgaben 76.475 Euro, die mit einer Förderquote von 75 Prozent aus Landesmitteln kofinanziert wurden.

Im Rahmen des ÖPNV-Förderbereichs für vereinfachte Verfahren für Bushaltestellen wurden auch im Landkreis Cuxhaven zwei Vorhaben unterstützt: In Stotel die Grundenerneuerung von zwei Haltestellen in der Gemeinde Loxstedt (voraussichtliche Gesamtkosten 99.545 Euro, voraussichtlich zuwendungsfähige Ausgaben 95.216 Euro, Förderquote 75 Prozent) und in Geestland zwei Bushaltestellen (voraussichtliche Gesamtkosten/zuwendungs-fähige Ausgaben 53.611 Euro, Förderquote 75 Prozent).

Im Landkreis Osterholz wurden in Ritterhude sieben Bushaltestellen gefördert (voraussichtliche Gesamtkosten/zuwendungs-fähige Ausgaben 97.600 Euro, Förderquote

75 Prozent). Im Rahmen des Busbeschaffungsprogramms wurde im Landkreis Cuxhaven in Beverstedt die Anschaffung eines Busses bezuschusst (voraussichtliche Gesamtkosten/zuwendungs-fähige Ausgaben 260.000 Euro, Förderquote 38 Prozent).

Enquetekommission

Für mich war zu Jahresbeginn die Einsetzung der **Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen – für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“** durch den Niedersächsischen Landtag ein besonderes Ereignis.

Nicht nur, dass ich als stellvertretender Vorsitzender des Gremiums aus Parlamentariern und externen Experten niedersächsischer Verbände und Organisationen im Gesundheitswesen, des Niedersächsischen Städte- und Landkreistages und weiteren externen Sachverständigen eine besondere Mitverantwortung hatte.

Die 27-köpfige Kommission hat einen sehr umfangreichen Arbeitsauftrag erhalten: Nämlich Lösungsansätze zu erarbeiten zur Zukunft der medizinischen Versorgung im Gestaltungs- und Ermessensbereich des Landes und der niedersächsischen Kommunen sowie der landesunmittelbaren Leistungserbringer und Kostenträger.

Von vorneherein war klar, dass wegen der Bedeutung vor allem für den ländlichen Raum zügig zum Ende geführt werden musste, um noch in dieser Legislaturperiode mit der Umsetzung von Lösungsmöglichkeiten zu beginnen: Im Sommer 2020 sollen die Ergebnisse vorliegen.

Der Einstieg in das Erwerbsleben

Ebenfalls im Januar haben wir als SPD-geführte Landesregierung die **Schwerpunktförderung für die Unterstützung des Einstiegs ins Erwerbsleben für zugewanderte Frauen** wird fortgesetzt.

Für 2019 und 2020 jeweils 70.000 Euro wurde für zusätzliche Angebote bereitgestellt und die Koordinierungsstelle beim Landkreis Cuxhaven war eine von neun Einrichtungen im Land, die davon profitierten. Das wichtige Anliegen, perspektivisch die Aktivitäten zur besseren Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Frauen zu verstetigen, war wichtig, weil viele der Geflüchteten jetzt erst richtig, angekommen sind

“Auch interessant – Schülerpraktikum mit Ihrem Landtagsabgeordneten”

Politisch interessiert und beruflich am Orientieren? Bei Interesse an einem Praktikum oder an einer Hospitation im Rahmen der schulischen Ausbildung oder des Studiums wenden Sie sich bitte gerne an mein Wahlkreisbüro.

Interessiert? Dann melden Sie sich am besten gleich in meinem Büro

Telefon: 04744 913 88 10

Internet: www.oliver-lottke.de

Mail: buero@oliver-lottke.de

Radwege im Landkreis

Seit langem befindet sich der **Radweg an der L 134 zwischen Schwanewede und Meyenburg** in einem schlechten Zustand – ein exemplarisches Beispiel für das zentrale Anliegen der SPD-geführten Landesregierung dafür, die Landesstraßeninfrastruktur zu stärken. Anfang Februar konnten wir im Verkehrsministerium erfahren, dass der Radweg innerhalb der nächsten zwei Jahre saniert wird. Mein Bestreben war es, mich dafür einzusetzen, dass noch dieses Jahr damit begonnen wird – das haben wir geschafft. Erstmals wurden landesweit zehn Millionen Euro und damit doppelt soviel Geld wie vorher für die Sanierung von Radwegen zur Verfügung gestellt – eine notwendige Aufstockung, weil es an vielen Orten im Lande einiges aufzuholen gibt.

Erwachsenenbildung im Beverstedter Werkhof

Bei meinem Besuch beim **Beverstedter Werkhof** der Ländlichen Erwachsenenbildung habe ich mir ein Bild von der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) gemacht. 30 Plätze gibt es dort im Ortsteil Wachholz und ich bin auf sehr motivierte Menschen getroffen – an den Werkplätzen und auf Seiten der Anleiter und der Verwaltung. Über das Werkstatt- und Bildungsangebot hinaus leistet der Förderbereich auch Hilfen bei sozialen Schwierigkeiten und unterstützt beim Bewältigen von Aufgaben in den privaten Bereichen.

Für mich als Diplom-Sozialpädagoge, langjähriger Leiter einer Einrichtung der Diakonie, Mitglied des Psychiatrieausschusses des Landes Niedersachsen und Sprecher für Psychiatrie innerhalb der SPD-Landtagsfraktion ist klar: Wir brauchen solche Einrichtungen als wichtigen Bausteine der gesellschaftlichen Teilhabe und der Eingliederung von Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Integriertes Entwicklungskonzept

Für mich war es eine große Freude und Ehre, unseren **Ministerpräsidenten Stephan Weil** im Wahlkreis zu Besuch zu haben. Bei seinem Besuch des **RegioMarktes in Beverstedt** konnte sich unser Landesvater ein Bild davon machen, dass auch bei uns im Cuxland gilt, dass Niedersachsens Stärke die regionale Vielfalt ist.



Seit der Entstehung der RegioMarkt-Idee vor zehn Jahren sind zahlreiche schonend arbeitende landwirtschaftliche Betriebe und Bio-Erzeuger aus der Region zusammengekommen, um frei von staatlichen Zuschüssen und vollständig ehrenamtlich regionale Marktvielfalt anzubieten. Der RegioMarkt wurde als Markthallenkonzept im Rahmen des integrierten ländlichen Entwicklungskonzepts (ILEK) Wesermünde-Süde umgesetzt. Dabei kommen Bio-Landwirte und Landwirte, die konventionell wirtschaften und dabei auf den Einsatz von gentechnisch veränderten Saaten und Futtermitteln verzichten, Gärtner, Imker, Fischwirte, Bäcker und schon bestehende (Bio-) Hofläden als Anbieter zusammen. Ministerpräsident Stephan Weil bekam so ein wunderbares Beispiel präsentiert, dass es im ländlichen Raum viele Menschen mit Tatkraft und großartigen Ideen gibt, die wir als niedersächsische SPD voller Leidenschaft gerne unterstützen.

Finanzielle Unterstützung mittels Kunstschulprogramm

90.000 Euro hat die SPD-geführte Landesregierung Anfang März landesweit für die **Unterstützung der Arbeit an Kunstschulen** bereitgestellt. Mir war es eine große Freude, dass auch die Kunstschule PAULA Worswede e.V. im Landkreis Osterholz eine von zwölf Einrichtungen war, die aus einem neu aufgelegten „Niedersächsischen Kunstschulprogramm“ des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur mit 9.700 Euro gefördert wurden. Die Kunstschule PAULA bietet in Worswede außerschulische, kunst- und kulturpädagogische Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene an – die kunstschulischen Angebote sind besonders wichtig in der kulturellen Bildung, auch in unserer Region.

Bedarfszuweisungsprogramm für finanzschwache Kommunen

Dass das Land seiner besonderen Verantwortung für finanzschwache Kommunen nachkommt, wurde im März mit der Bewilligung von Sondermitteln des Innenministeriums für Hemmoor und Wurster Nordseeküste zum Ausdruck gebracht. Zwei von 14 besonders finanzschwache Kommunen, die wegen besonderer Aufgaben Bedarfszuweisungen in Höhe von 10,65 Millionen Euro erhielten. Die Samtgemeinde Hemmoor erhielt 600.000 Euro für den Neubau eines Feuerwehrhauses in Hechthausen. Der Gemeinde Wurster Nordseeküste wurden 250.000 Euro für den Neubau eines Bauhofgebäudes mit Sozialtrakt und Holzwerkstatt bewilligt – ein starkes Signal, dass die SPD-geführte Landesregierung mit dieser Sonderzuweisung einen wichtigen Schwerpunkt auf den Erhalt und die Verbesserung des kommunalen Brandschutzes setzen.

Antrittsbesuch in der Stader Dienststelle

Bei meinem Antrittsbesuch bei der Stader Dienststelle der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr war die Sanierung des **Radweges zwischen Sellstedt und Wehdel** entlang der Geestensether bzw. Wesermünder Straße ein Thema – sie wird mittelfristig kommen innerhalb der Zweieinhalb-Jahresplanung umgesetzt.

Für mich war der Besuch der Behörde wichtig, um mich über die vielfältige Arbeit der Landesbehörde zu informieren. Die Stader Dienststelle ist zuständig für die Landkreise Stade und Cuxhaven sowie für Teile der Landkreise Osterholz und Rotenburg an der Wümme. Von dort aus werden rund 700 Kilometer Landesstraßen, 300 Kilometer Bundesstraßen und 17 Kilometer Bundeautobahnen auf niedersächsischem Gebiet zwischen den Landesgrenzen von Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen bewirtschaftet. Sie plant, baut und betreibt Autobahnen, Bundesstraßen, Landesstraßen und einen Teil der Kreisstraßen im Land Niedersachsen. Mir ist wichtig, auch in der Erhaltung des bestehenden Radwegenetzes nicht nachzulassen. Von diesen Investitionen geht ein Sicherheitsgewinn für breite Teile der Bevölkerung aus, beispielsweise für Kinder und ältere Menschen.

April 2019

Ärztmangel im ländlichen Raum

Am 5. April konnte ich unsere Gesundheits- und Sozialministerin Carola Reimann gleich zweimal im Wahlkreis begrüßen. Bei der mit 70 Gästen sehr gut besuchten Veranstaltung in Hambergen stand das wichtige Zukunftsthema Pflege auf der Agenda. Beim „Pflegegespräch“, einem Talk mit Experten, machte die SPD-Ministerin deutlich, dass die Größe der Aufgabe allen bewusst ist und es nun um den Preis einer guten Versorgung geht. Niedersachsen steht als Flächenland bei diesem Thema vor besonderen Herausforderungen. Umso wichtiger, dass die Zukunft der Pflege wichtiges Thema der Koalitionsverträge in Bund und Land ist: Wir hoffen, dass die Konziertierte Aktion Pflege, mit der der Bund alle Beteiligten an einen Tisch bringt, wichtige Vereinbarungen bringt.

In Niedersachsen hat die SPD-geführte Landesregierung mit aktuell zwei Förderprogrammen die ambulante Pflege gestärkt: Dienstleister im ländlichen Raum können dabei Digitalinvestitionen bezuschusst bekommen und für innovative Wohnbauprojekte zum Leben im Alter gibt es ebenfalls Landesbeihilfen. Einigkeit herrschte in der Expertenrunde und im Publikum aber auch darin, dass sich die Altenpflege mittelfristig nicht allein aus Sozialversicherung und Eigenbeteiligung speisen kann:

»Für mich ist wichtig: Es ist und bleibt eine zentrale Aufgabe aller Verantwortlichen, für alle Facetten der Daseinsvorsorge, sich mit aller Kraft für tragfähige Lösungen einzusetzen«

Es braucht auch hier einen Einsatz von Steuermitteln.



Bei der ebenfalls gut besuchten und fachlich hochkarätig besetzten Diskussion gleichentags in Loxstedt ging es um das Thema **Hausärztliche Versorgung**. Im Beisein von u.a. Cuxland-Landrat Kai-Uwe Bielefeld diskutierte die Ministerin über die Herausforderungen, die insbesondere den ländlichen Raum stark betreffen. Schon jetzt ist die Situation vor allem im südlichen Cuxland sehr ernst: Nur drei von vier Landarzt-Stellen sind dort besetzt – weitere Verschärfungen in den kommenden zehn Jahren sind programmiert. Entsprechend leidenschaftlich werbe ich für eine Landarzt-Quote, wie sie schon in Bundesländern wie NRW und Bayern beschlossene Sache ist: Die Quote sieht vor, einen Teil der Studienplätze für Medizin für Bewerber freizuhalten, die sich verpflichten, nach dem Studium für einige Jahre in einer Landarztpraxis zu arbeiten. Mir ist klar, dass dies nicht das Allheilmittel für das Problem ist, aber es könnte ein wichtiges Mosaiksteinchen der Lösung sein und wird in jedem Fall das drohende Praxis-Sterben lindern. Für mich ist wichtig: Es ist und bleibt eine zentrale Aufgabe aller Verantwortlichen, für alle Facetten der Daseinsvorsorge, sich mit aller Kraft für tragfähige Lösungen einzusetzen. Das ist eine klare Erwartungshaltung, die viele Menschen in die Politik setzen und die wir nicht enttäuschen dürfen, wenn wir die Menschen und ihr Vertrauen in die Regierungskraft unseres solidarischen Gemeinwesens nicht gefährden wollen.

Bildung im Berufsleben

Mit der ersten landesweiten „**Woche der beruflichen Bildung**“ ging es darum, für die berufliche Bildung auch öffentlich Wertschätzung und Anerkennung zu zeigen. Denn abseits von Abitur und akademischen Laufbahnen gibt es im Handwerk und in der mittelständischen Wirtschaft viele spannende Berufsfelder und einen Bedarf an engagierten Fachkräften. In der Aktionswoche haben nicht nur die Ministerinnen und Minister der SPD-geführten niedersächsischen Landesregierung ein klares Zeichen für die berufliche Bildung gesetzt, auch viele Landtagskollegen haben mit Besuchen in Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen und überbetrieblichen Ausbildungsorten Akzente betont. Ich habe mir mit dem Besuch der berufsbildenden Schulen in Cadenberge ein persönliches Bild vor Ort gemacht. Dabei ging es mir darum, die Gleichwertigkeit von akademischer und dualisierter Ausbildung zu unterstreichen. Denn die duale Ausbildung ist ein Erfolgsfaktor für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen.

Beim **Zukunftstag** der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion haben drei Schülerinnen und Schüler aus Ritterhude, Wurster Nordseeküste und Loxstedt für einen Tag den Job eines Landtagsabgeordneten erleben dürfen. Für mich war das Erleben der gut 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein ermutigendes Signal dafür, dass junge Menschen sich leidenschaftlich für Demokratie stark machen und für Politik interessieren.

Nach einer Einführung ging es in der ersten Gruppenphase darum, vier Fraktionen zu bilden und sich zu konstituieren: Im Anschluss wurde jeweils ein Antrag entwickelt, der nach der Mittagspause in der zweiten Gruppenphase innerhalb der Fraktionen beraten wurde. Im Anschluss stand die Ausarbeitung der Redebeiträge für die abschließende Plenarsitzung mit Debatte

an. Das waren für beide Seiten inspirierende Stunden – ich freue mich, dass aus meinem Wahlkreis so engagierte Vertreterinnen und Vertreter mit dabei waren.

Förderprogramm für die Gemeinden

Das diesjährige **Städtebauförderungsprogramm** hatte einen klaren Schwerpunkt auf dem ländlichen Raum: Zwei Drittel der insgesamt 181,5 Millionen Euro flossen dorthin. So erhielt beispielsweise die Gemeinde Hagen im Bremischen 20.000 Euro Fördermittel im Rahmen des Programms „Kleinere Städte und Gemeinden“: Die Mittel flossen in die Erweiterung des Familienspielhofes in der Ortschaft Wulsbüttel (geplante Kosten: 30.000 Euro). Aus diesen Mitteln, die der Bund und das Land Niedersachsen anteilig bereitstellen, werden Projekte finanziert, die das Leben der Menschen in unserer Gemeinde ganz konkret verbessern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die wirtschaftliche Entwicklung und die Attraktivität des Stadtbildes stärken.

Neben der Städtebauförderung gehört für die SPD-geführte Landesregierung auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu den zentralen politischen Aufgaben der nächsten Monate und Jahre. Mit dem diesjährigen Städtebauförderprogramm und der Zusage, in diesem Jahr 400 Millionen zusätzlich in den Sozialen Wohnungsbau zu investieren, kommen wir diesem Ziel ein gutes Stück näher.

GAK – dieses Kürzel steht für die **Fördermaßnahme „Gemeinschaftliche Agrarstruktur und Küstenschutz“**: 4,8 Millionen Euro wurden landesweit in die Förderung von Naturschutzprojekten investiert – 1,4 Millionen davon flossen ins Cuxland.

Damit hat die SPD-geführte Landesregierung das im Cuxland ausgegebene Ziel der optimalen naturschutzfachlichen Inwertsetzung bestehender Flächen und von Schutzgebieten nachhaltig unterstützt. Konkret die Naturschutzstiftung im

Landkreis Cuxhaven: Die GAK-Mittel wurden und werden im Rahmen des sogenannten „Investiven Naturschutzes“ für die Entwicklung von Biotopen im Agrarraum und die Neuschaffung oder Renaturierung von Lebensräumen wildlebender Tier- und Pflanzenarten verwendet. Die Gesamtsumme setzt sich aus Mitteln des Bundes und des Landes Niedersachsen zusammen. Ich habe mich gefreut, dass auf diese Weise der Küstenschutz Unterstützung erfahren hat, die ländlichen Räume gestärkt wurden und das SPD-geführte Umweltministerium erneut einen Förderschwerpunkt im Cuxland gesetzt hat.



Gebührenfreiheit in der Ausbildung

Rückwirkend schulgeldfrei – diese gute Nachricht bestimmte zu Monatsende unsere politische Agenda: Die SPD-geführte Landesregierung hat die im Wahlkampf versprochene **Schulgeldfreiheit für Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie und Podologie** rückwirkend zum 1. Januar 2019 umgesetzt. Rund 1,5 Millionen Euro hat das in diesem Jahr gekostet, dieser Betrag wird bis zum Jahr 2021 allerdings auf rund 20 Millionen Euro anwachsen, wenn alle drei Ausbildungsjahrgänge gebührenfrei werden. Für mich ein wichtiger zweiter Schritt, nachdem die SPD in der vergangenen Wahlperiode bereits die Schulgeldfreiheit in der Altenpflegeausbildung durchgesetzt hat.

“Wussten Sie schon – Mit mir zu Besuch im Landtag”

An bis zu drei Terminen im Jahr, biete ich Begleit- und Besichtigungstermine zum Niedersächsischen Landtag an. Mit dem Bus fahren wir zusammen nach Hannover, Sie begleiten mich durch die Hallen und besichtigen den Plenarsaal.

Interessiert? Dann melden Sie sich am besten gleich in meinem Büro

Telefon: 04744 913 88 10

Internet: www.oliver-lottke.de

Mail: buero@oliver-lottke.de



Stephan Weil zu Besuch

Gleich zu Beginn des Monats konnte ich einmal mehr **Ministerpräsident Stephan Weil** begrüßen: Mit ihm ging es vom Schauenfenster Fischereihafen in Bremerhaven aus gemeinsam mit rund 60 Ehrenamtlichen aus dem gesamten Wahlkreis mit dem Saldondampfer MS Hansa auf Fahrt. Bei der lebhaften Diskussion an ungewöhnlichem Ort blieb der Landesvater keine Antwort schuldig und es ergaben sich zahlreiche Gespräche sowie Anregungen und Fragen, die der SPD-Politiker mit in die Landeshauptstadt nehmen konnte.



Investitionen in Medizinische Kompetenzzentren

Krankenhäuser als Kompetenzzentren der gesundheitlichen Versorgung erfordern nachhaltige Investitionen, um auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Mitte des Monats hat der niedersächsische Krankenhausplanungsausschuss für das laufende Jahr Investitionsmaßnahmen an 19 Klinikstandorten mit einem Gesamtvolumen von 120 Millionen Euro zugesagt – darunter auch das Kreiskrankenhaus Osterholz-Scharmbeck, welches mit 7,5 Millionen Euro gefördert wird. Dort ging es um die Ergänzung der Pflegestationen und einen Neubau der Intensivstation

Die **Investitionszuschüsse** des Landes sind aus meiner Sicht entscheidende Beiträge, um wichtige **Krankenhausprojekte**

landesweit voranzubringen. Wir legen Wert darauf, gezielt die Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft in den Regionen zu fördern, damit vor allem auch im ländlichen Raum auch zukünftig eine hochmoderne und gut aufeinander abgestimmte stationäre Versorgung in erreichbarer Nähe vorfinden.

Ausbildung gegen den Fachkräftemangel

Mit fünf Millionen Euro hat die SPD-geführte Landesregierung **junge Menschen mit Vermittlungshemmnissen** beim Start ins Berufsleben unterstützt. Mit dem Geld hat Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne die Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für unversorgte Jugendliche gefördert. Wir alle wissen, dass eine qualifizierte Ausbildung der Türöffner in ein chancenreiches neues Lebens-Kapitel ist. Wenn es gelingt, Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf zu qualifizieren, kann das über den Gewinn für den Einzelnen hinaus ein Beitrag zur Gewinnung von Fachkräften für die heimische Region sein. Regionale Bildungsanbieter und sonstige Einrichtungen wie Zusammenschlüsse von Bildungsakteuren wie Kammern können Förderanträge stellen.

Zukunftssicherung in einem anderen Kontext konnten wir bei den **Jugendwerkstätten** erreichen: Ende des Monats haben wir im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung beraten, dass die Finanzierung der Jugendwerkstätten und der Pro-Aktiv-Zentren bis zum Jahr 2022 gesichert ist: Eine gute Nachricht auch für die Region – für die beiden Jugendwerkstätten im Cuxland (Cuxhaven und Hemmoor) und die Einrichtung des Landkreises Osterholz in Osterholz-Scharmbeck. Wir haben uns als SPD dafür stark gemacht, weil wir um die nachhaltige Wichtigkeit dieser Projektarbeit wissen – die Träger haben nun mit ihren Angeboten Planungssicherheit.

Fördermittel für die Nachhaltigkeit

Im Rahmen der Richtlinie „Landschaftswerte“ hat das SPD-geführte Umweltministerium fast 15 Millionen Euro an Fördermitteln bereitgestellt: Unter den 33 Projekten befanden sich auch zwei im Cuxland und eines im Landkreis Osterholz.



Die Nationalparkverwaltung Niedersächsisches Wattenmeer erhielt für das Projekt Nationalparkhof „Eide Icken“ in der Gemeinde Wurster Nordseeküste mehr als 2,9 Millionen Euro.

Für die Etablierung einer modellhaften nachhaltigen Bildungslandschaft „Cuxland“ fließen knapp 390.000 Euro an die Nationalparkverwaltung. Im Landkreis Osterholz wird der Wiederanschluss des Hamme-Altarms 3 unterstützt: Mit 257.824,12 Euro werden 75 Prozent der Gesamtkosten gefördert. Die Fördermittel setzen sich zu jeweils 60 Prozent aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und zu 40 Prozent aus Landesmitteln zusammen.

Die Förderung unseres Natur- und Kulturlandschaftserbes im Cuxland und im

Landkreis Osterholz ist für uns als SPD, aber auch für mich ein wichtiger Baustein zum Schutz und Erhalt unserer Umwelt.“ Beim Biotop im Landkreis Osterholz handelt es sich um den weitgehend unberührten Alt-Arm, der sich am rechten Hamme-Ufer auf Ritterhuder Gemeindegebiet befindet, ungefähr auf halber Strecke zwischen dem Aussichtsturm Lintel und der Scharmbeckstoteler Brücke.

Bis zum Stichtag 30. September bestand die Möglichkeit, weitere Projektanträge zu stellen, um Natur, Tiere und Menschen in der Region nachhaltig zu unterstützen.

Sanierungsprogramm für die kommunalen Sportstätten

Bei vielen kommunalen Sportstätten besteht ein über Jahre, teils Jahrzehnte entwickelter Sanierungsstau. Die SPD-geführte niedersächsische Landesregierung hat ein landesweites **Programm zur Sanierung von Sportstätten** aufgelegt. Bis zum Jahr 2022 sollen insgesamt 100 Millionen Euro investiert werden, um den Sanierungsstau an den niedersächsischen Sportstätten abzubauen.

Unter den ersten 27 Maßnahmen gehören die Stadt Geestland mit der Sanierung der Sporthalle Seminarstraße und die Sanierung der Turnhalle Cadenberge in der Samtgemeinde Land Hadeln. Für beide Projekte innerhalb des Förderschwerpunkts Sport- und Turnhallen sowie Hallenschwimmbäder wurden jeweils 400.000 Euro an Zuschüssen vom Land bereitgestellt. Bei der Förderung von Vereinssportstätten über den niedersächsischen Landessportbund wurden weitere 74 Maßnahmen an vereinseigenen Sportstätten bewilligt: Der Hagener SV von 1863 wurde mit 38.722 Euro beim Umbau von vier Tennisplätzen zu Ganzjahresplätzen nach dem System Tennis Force bedacht. Der TV Spaden in der Gemeinde Schiffdorf erhielt 59.550 Euro für den Umbau und die Erweiterung der Umkleide- und Duschräume plus energetischer Dachsanierung. Der Turn- und Sportverein Wollingst in der Einheitsgemeinde Beverstedt bekam 76.710 Euro für den Neubau von Umkleide, Duschen und Schiedsrichterkabine zugeteilt.

Mit 100.000 Euro wurde der Bau eines Sporthauses des TSV Worpswede unterstützt, 42.602 Euro erhielt die SG Platjenwerbe für den Neubau eines Multifunktionsfeldes. Der TSV Düring in der Gemeinde Loxstedt schließlich konnte für den Neubau

des Bewegungs- und Mehrzweckhauses einen Zuschuss von 27.560 Euro verbuchen.

Wir alle wissen, dass Sport gesundheitsförderlich ist. Dafür braucht es Sportstätten, die in gutem Zustand sind. Wo dies nicht der Fall ist, hilft die SPD-geführte Landesregierung den niedersächsischen Kommunen und Vereinen Stück für Stück, angestaute Sanierungen anzugehen. Noch bis zum 31. März 2020 können Kommunen und Vereine einen Antrag auf eine Förderung des Landes zu stellen – unabhängig von der finanziellen Situation vor Ort.

Zukunftsräume Niedersachsen

Für die SPD-geführte niedersächsische Landesregierung ist die Förderung sogenannter Klein- und Mittelstädte wichtig. Dazu wurde ein **Sonderförderprogramm** mit Namen „Zukunftsräume Niedersachsen“ aufgelegt, um diese Kommunen im Zusammenhang mit ländlicher Regionalentwicklung zu fördern. Profitieren können Klein- und Mittelstädte sowie Gemeinden in ländlichen Räumen ab 10.000 (bis 50.000) Einwohnerinnen und Einwohnern, in denen ein Grund- oder Mittelzentrum festgelegt ist.

Mitte August wurde die Förderrichtlinie im Amtsblatt des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung veröffentlicht: Bis zum 30. September konnten Anträge gestellt werden, bis zum 30. November hatte das Land die Erteilung der Förderzusagen in Aussicht gestellt. Mir ist bewusst, dass Klein- und Mittelstädte die Basis sind, um ländliche Räume als attraktive Lebensräume zu erhalten. Von dort aus werden Versorgungsfunktionen für das Umland wahrgenommen, dort schlägt das Herz der regionalen Entwicklung in der Fläche.

Herausforderungen gibt es viele: Neben der Ausdünnung und dem Wegfall verschiedener Einrichtungen der Daseinsvorsorge und des ÖPNV, der alle Bürgerinnen und Bürger auf dem Land treffe, gäbe es besonders mobilitätsschwache Bevölkerungsgruppen wie Senioren, Schüler, Auszubildende, Menschen ohne Führerschein oder mit Handicaps sowie Pendlerhaushalte ohne Zweitauto und solche ohne Pkw. Hinzu kommen kleine und mittlere Unternehmen, für die der Fachkräftemangel und die Sicherung der Unternehmensnachfolge schnell existenzbedrohende Dimensionen annehmen können.

Regionale Verbundenheit

Wichtiger Bestandteil meiner Wahlkreisarbeit ist der **Austausch mit Akteuren auf der kommunalen Ebene**. Als langjähriger Kommunalpolitiker weiß ich, wie wichtig die Verzahnung mit der Landes- und Bundesebene ist. Deshalb gehören regelmäßige Gespräche mit Bürgermeistern und Verbandsvertretern für mich zu meiner täglichen Arbeit.

Ich besuche auf Einladung gerne Vereine und lokale Initiativen und natürlich pflege ich auch den Kontakt den örtlichen SPD-Gliederungen. So zum Beispiel im Oktober in Schwanewede, wo ich mich mit örtlichen SPD-Funktionären und lokaler Politprominenz zu einem Arbeitsfrühstück traf.

Der regelmäßige Austausch mit den Akteuren vor Ort ist für mich von entscheidender Bedeutung. Häufig gibt es Themen, die vor Ort aufploppen und bei denen das Land mit unterstützen kann.

Im Oktober in Schwanewede war das das Thema Kinderbetreuung. Denn die Frage nach einem Krippen- oder Kitaplatz ist nicht nur für die Familien von entscheidender Bedeutung, es stellt es auch den größten Posten im Schwaneweder Finanzhaushalt dar.

Die SPD-geführte Landesregierung hat den Kommunen 30 Millionen Euro in Aussicht gestellt, mit denen Kitaplätze im ganzen Land geschaffen werden können. Darüber hinaus investieren wir in den nächsten Jahren insgesamt bis zu 15 Millionen Euro, um zusätzliche Lehrkräfte für angehende Erzieherinnen und Erzieher an den berufsbildenden Schulen einzustellen.

Schon Mitte Oktober hat das niedersächsische Kultusministerium die Richtlinie zur Gewährung sogenannter Billigkeitsleistungen für die Kinderbetreuungen umgesetzt und den Weg frei gemacht für den

Härtefallfonds für die Kinderbetreuung

zum Ausgleich kommunaler Defizite im laufenden Kindergartenjahr plus den beiden Folgejahren. Zusätzlich zu den Geldern aus Landesmitteln für die Beitragsfreiheit, erhalten damit niedersächsische Kommunen Mittel aus diesem Härtefallfonds, deren Einnahmeausfälle nicht über die höhere Finanzhilfe kompensiert werden können. Für mich ist das der zweite wichtige Schritt, nachdem zum 1. August 2018 durch die SPD-geführte Landesregierung die Beitragsfreiheit in niedersächsischen Kindertagesstätten durchgesetzt werden konnte. Damit haben wir ein zentrales Versprechen aus dem Wahlkampf umgesetzt. Es war und bleibt richtig, dass Bildung nicht vom Geld der Eltern abhängig sein darf. Für uns als SPD war es wichtig, auch gegenüber den Kommunen Wort zu halten – das ist mit der Richtlinie geschehen, der Interessenausgleich zwischen Land und Kommunen steht.

Gemeindepsychiatrische Zentren als Pflegemodell

Ein Akzent in der gesundheitlichen Versorgung ist auch die seelische Gesundheit: Niedersachsens Sozialministerin Carola Reimann hat im Oktober zwei Standorte bekanntgegeben, an denen **gemeindepsychiatrische Zentren (GPZ) mit Modellcharakter** aufgebaut werden: Unter den acht Bewerbern wurde neben der Stadt Braunschweig als Beispiel für den städtischen Siedlungsraum der Landkreis Cuxhaven für den ländlichen Raum ausgesucht. Die entsprechenden Strukturen werden nun vor Ort aufgebaut und vom Land gefördert. Der Landkreis Cuxhaven wird in Hemmoor das Modellprojekt einrichten. Für mich als Sprecher für Psychiatrie der SPD-Landtagsfraktion ist es auch ein persönlicher Erfolg, denn ich habe mich im Sozialausschuss dafür eingesetzt, dass statt einem nun zwei Modellprojekte – einmal in der Stadt und

einmal auf dem Land – ins Leben gerufen werden. Ich habe vor meiner Zeit im Landtag beruflich an einem solchen Zentrum in Bremerhaven mitgeplant und gearbeitet: Für das Cuxland und die Oste-Region ist es ein in der Versorgung von Menschen mit einer psychiatrischen Erkrankung wichtiges Projekt.

Gemeindepsychiatrische Zentren (GPZ) sind insbesondere für Menschen mit schwerer psychischer Erkrankung eine Verbesserung, weil sie bestehende Barrieren beseitigen und vernetzte, umfassende Angebote schaffen. Das vertragsärztliche Angebot wird diesen Menschen oftmals nicht gerecht: Beispielsweise, weil sie die Regelangebote der niedergelassenen Fachärztinnen und -ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten nicht ohne Unterbrechungen wahrnehmen können. Auch fehlen vielerorts die Ressourcen für ihre aufwändige Behandlung. Viele gesellschaftliche Angebote sind ihnen nicht zugänglich, es fehlt an Unterstützung.

Die Versorgung dieser Menschen wird am Ende durch komplizierte und voneinander abgegrenzte Abrechnungssysteme erschwert. Von den GPZ ausgehend werden Teams im Einsatz sein, die die Klientinnen und Klienten mobil aufsuchen. Damit ist eine kontinuierliche und nachhaltige Begleitung möglich und es ergeben sich neue Behandlungsmöglichkeiten: Ich rechne damit, dass dadurch auch die Zahl der Zwangseinweisungen zurückgehen wird, was vor allem für die betroffenen Menschen zu begrüßen ist.

Reformation durch Bundesteilhabegesetz Der **persönliche Bedarf von Menschen mit Behinderung** ist Kern der dritten von insgesamt vier Reformstufen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG), die zum 1. Januar 2020 in Kraft tritt: Es betrifft schätzungsweise 93.000 leistungsberechtigte Menschen mit Behinderung in Niedersachsen und auch viele Männer und Frauen im Cuxland und im Landkreis Osterholz. Ohne Übertreibung ist das BTHG ein inklusiver Meilenstein und die Überführung der Eingliederungshilfe in das Recht der Rehabilitation aus dem Sozialhilferecht heraus ist ein wichtiger Eckpunkt. Dem BTHG kommt damit eine außerordentliche sozialpolitischer Bedeutung zu, gerade mit Blick auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Mit dem BTHG ändern wir die Perspektive: Wir schauen auf den Menschen als Ganzes und reduzieren ihn nicht auf sein Defizit. Dadurch fokussieren wir die Eingliederungshilfe neu: Zukünftig sollen Leistungen der Eingliederungshilfe einen echten Beitrag zur Inklusion und Teilhabe erbringen – wir schaffen damit endlich Augenhöhe. Die Regelungen des BTHG zielen darauf ab, das individuelle Recht auf Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung zu stärken. Die notwendigen und erforderlichen Hilfen würden dazu passgenauer denn je ausgestaltet werden. Im Fokus steht, Bedarfe und Bedürfnisse der Betroffenen stärker zu berücksichtigen. Ein ganz wesentlicher Schritt ist für mich, dass das Einkommen und das Vermögen von Ehepartnerinnen und Ehepartnern zukünftig nicht mehr angerechnet werden. Für viele Menschen wird damit eine der größten Hürden für eine Eheschließung abgebaut. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung.

ERASMUS

International wurde es beim Besuch von **Kultusminister Grant Hendrik Tonne** am 13. November beim Gymnasium Wesermünde in Bremerhaven. Der Minister kam auf meine Einladung hin, um sich die Schule zeigen zu lassen – eine besondere Situation, eine niedersächsische Schule auf dem Gebiet des Landes Bremen. Aber das war noch nicht die eigentliche Internationalität; Schwerpunkt war der Austausch mit Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern aus ERASMUS-Partnerschulen. Gemeinsam mit den Gästen aus Portugal, Finnland und Tschechien wurde ausführlich die Wichtigkeit internationaler Begegnungen und europäischen Schüleraustausches diskutiert. Der Minister konnte einmal mehr viele Eindrücke aus dem Austausch praktischer Erfahrungen für die Regierungsarbeit mitnehmen.



Unterstützung für die Barkenhoff Stiftung
Im Rahmen der **Landesförderung für kleine Kultureinrichtungen** konnte im November die Wopsweder Barkenhoff-Stiftung mit rund 41.300 Euro gefördert werden – konkret Projekt „Barkenhoff – Klima-/ Entsorgungstechnik“. Zweck der 1981 gegründeten Stiftung ist der Erhalt und die Pflege des künstlerischen Nachlasses von Heinrich Vogeler sowie der Wopsweder Archivbestände. Das Niedersächsische Investitionsprogramm für kleine Kultureinrichtungen

besteht aus zwei Förderlinien und umfasst insgesamt 2,5 Millionen Euro. Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur vergibt davon insgesamt eine Million Euro für Projekte von jeweils über 25.000 Euro.

Für unsere kleinen niedersächsischen Kultureinrichtungen gilt das geflügelte Wort: Klein, aber oho. Sie sind ein wichtiger Mosaikstein im Gesamtbild der Vielfalt unseres kulturellen Lebens. Als Orte der Begegnung leisten sie viel für den sozialen Zusammenhalt unseres Miteinanders. Auch für unsere regionale Entwicklung leisten sie im Flächenland Niedersachsen einen unverzichtbaren Beitrag, da viele Menschen zu Recht die Verfügbarkeit und die Erreichbarkeit von Kultureinrichtungen als wichtigen Bestandteil eines attraktiven Orts zum Wohnen und Leben beschreiben. Ein für mich besonders wichtiger Aspekt ist es auch, das ehrenamtliche Engagement und das Wirken privater Initiativen im Kulturbereich nachhaltig zu unterstützen. In diesem Licht besehen freut mich die Unterstützung der Barkenhoff-Stiftung, weil hier all dies beispielhaft zusammenkommt.

75 Millionen Euro für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in OHZ

Zwei Vorhaben aus dem Landkreis Osterholz sind unter den zahlreichen Projekten, die von der SPD-geführten niedersächsischen Landesregierung im Rahmen der **Verbesserung der gemeindlichen Verkehrsverhältnisse** gefördert werden. 75 Millionen Euro umfasst das Jahresbauprogramm: Im Landkreis Osterholz wird der Ausbau des Abzweigs in Niederende (K8/K9) mit der Errichtung einer Ampelanlage zur Verkehrsmengensteuerung und die Erneuerung des Radweges entlang der K33 zwischen Beckedorf und Löhnhorst unterstützt. Zwei wichtige Verkehrsanliegen in der Region, die vor Ort von Bürgerinnen und Bürgern und der kommunalen Politik

dringend erwartet werden: Das Land fördert damit die beiden Vorhaben mit insgesamt 383.000 Euro: Insgesamt belaufen sich die Kosten auf 697.000 Euro. Die Entschärfung des Knotenpunkts der K8/K9 in St. Jürgen in Lilienthal wird dazu beitragen, den dortigen Unfallschwerpunkt sicherer zu machen. Die Erneuerung des bestehenden Radweges entlang der K33 zwischen den Schwaneweder Ortschaften Beckedorf und Löhnhorst ist notwendig, weil der bisherige Baukörper so marode ist, dass punktuelle Reparaturen nicht mehr ausreichend sind.

Umweltverträglichkeitsprüfung zur Erdgasförderung

Mit Blick auf die auch in unserer Region mit Skepsis betrachtete **Erdgasförderung** haben wir als SPD-Landtagsfraktion darauf gedrungen, zeitnah wirksame Maßnahmen darzulegen, wie die Bevölkerung künftig vor Erdbeben geschützt werden soll. Der gegenwärtige Mindestabstand zwischen Förderstätten von Erdgas zur Wohnbebauung muss ausgeweitet werden – das muss die Landesregierung sehr zeitnah prüfen. Wir haben von der Landesregierung eine Initiative mit dem Ziel gefordert, die Sicherheit aller bestehenden Erdgas- und Erdölbohrplätze zu erhöhen: Darüber hinaus soll für ein repräsentatives Monitoring der dort entstehenden Emissionen gesorgt und die Messwerte öffentlich zugänglich gemacht werden – ein wie ich finde legitimes Anliegen von örtlichen Bürgerinitiativen und Privatleuten.

In einem zweiten Schritt will die SPD-geführte Koalition einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesberggesetzes in den Bundesrat einbringen. Damit soll eine Öffentlichkeitsbeteiligung vor der Erteilung von Erlaubnissen zur Aufsuchung von Erdgas oder Erdöl verpflichtend werden: Zudem soll dem Vorrang des Trinkwasser- und Gesundheitsschutzes vor

wirtschaftlichen Interessen Geltung verschafft werden. Die Regelungen für Umweltverträglichkeitsprüfungen auf Bundesebene sollen dabei so geändert werden, dass für alle Bohrungen eine Umweltverträglichkeitsprüfung verpflichtend maßnahmenunabhängig vorgeschrieben wird. Weitere Bohrungen und Bohrvorhaben in räumlicher Nähe müssen auch im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) berücksichtigt werden. Die SPD-Fraktion hat in der Koalition durchgesetzt, dass auf entsprechende Änderungen der UVP-Richtlinie der Europäischen Union hingewirkt werden soll – das ist ein großer Erfolg.

Haushaltsplanung 2020

Die „**politische Liste**“ klingt relativ unspektakulär und doch ist sie eine umfassende Sammlung verschiedener Akzente, mit denen die SPD-geführte Landesregierung für das kommende Haushaltsjahr 2020 politische Betonungen vornimmt: Massive Investitionen bei Innerer Sicherheit, Klimaschutz, gesellschaftlichem Miteinander und Innovation lassen klar sozialdemokratische Handschrift erkennen.

Auf Druck der SPD hat die Koalition beschlossen, für die Beitragsfreiheit der Mitglieder der niedersächsischen Pflegekammer sechs Millionen Euro bereitzustellen – erstmals und ab sofort dauerhaft. In der Unterweser-Region wird u.A. das Projekt Schaufenster Energiewende in Cuxhaven mit 100.000 Euro unterstützt. Die niedersächsischen Internatsgymnasien (NIG) erhalten zusätzlich 150.000 Euro: Ich werde mich dafür einsetzen, dass von diesem Zusatzbetrag auch die Baumaßnahmen am NIG in Bad Bederkesa unterstützt werden.

Mit einer deutlichen Erhöhung der Mittel für die ökologische Landwirtschaft über ein Agrarinvestitionsprogramm in Höhe von 14,25 Millionen Euro trägt die SPD-

geführte Landesregierung auch diesem wichtigen Bereich Rechnung. Hinzu kommen zusätzliche 2,2 Millionen, um Gülle-Lagerkapazitäten aufstocken zu können – diese Aufwendungen sind meines Erachtens mit Blick auf starke Herausforderungen für die Landwirtschaft bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie angemessen. Hinzu kommen Steigerungen bei den Mitteln zur Sportförderung um 650.000 Euro und zur Förderung der Wohlfahrtspflege um 1,5 Millionen Euro. Im Bereich Wohnen und Pflege im Alter werden Wohngemeinschaften mit einer Million Euro unterstützt. Zusätzliche 990.000 Euro werden für kommunale Einrichtungen der Erwachsenenbildung bereitgestellt. Für die Sicherung der Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen werden 7,5 Millionen Euro eingesetzt und für die Ausweitung der Schulsozialarbeit 1,19 Millionen Euro. Im Straßen- und Radwegebau werden für die Erhaltung der Landesstraßen drei Millionen Euro eingeplant und für den Neubau von Radwegen vier Millionen. Ich hoffe, dass wir mit diesen zusätzlichen Mitteln auch neue Radwege im Cuxland und im Landkreis Osterholz bauen können.

Sonderfinanzierung für besonders finanzschwache Kommunen

Zum Jahresende hat Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) noch einmal **38 besonders finanzschwachen Kommunen gesonderte Mittel** in Höhe von rund 18 Millionen Euro ergänzend zu den Basismitteln des kommunalen Finanzausgleiches zugewiesen.



Die SPD-geführte Landesregierung unterstützt damit Empfängerkommunen mit fast doppelt so hohen Beiträgen wie im Vorjahr. Sieben Gemeinden im Cuxland und im Landkreis Osterholz-Scharmbeck profitieren von dieser zusätzlichen Unterstützung des Landes in Höhe 3,24 Millionen Euro. Die Gemeinde Beverstedt erhält für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Lunstedt 800.000 Euro zusätzlich vom Land. Der Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Cappel-Neufeld in der Gemeinde Wurster Nordseeküste wird mit 550.000 Euro bezuschusst. Der Neubau des Feuerwehrhauses Altenhemmoor/Westersode in der Samtgemeinde Hemmoor erhält mit einer Förderung von einer Million Euro einen der landesweit größten Einzelförderbeträge. In der Samtgemeinde Land Hadeln wird die Beschaffung eines Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeugs (HLF 20) für die Freiwillige Feuerwehr in Otterndorf mit 230.000 Euro unterstützt.

A man with dark hair, wearing a grey suit jacket, a white shirt, and a light-colored tie, is speaking into a silver microphone. He is looking slightly to the right of the camera. The background is a blurred red wall with white text, including the letters 'P' and 'kst'.

Mit 130.000 Euro unterstützt das Land in der Gemeinde Grasberg die Beschaffung eines Tanklöschfahrzeugs (TLF 3000) für die Ortsfeuerwehr Rautendorf. Die Ortsfeuerwehr Osterholz-Scharmbeck bekommt 320.000 Euro für die Beschaffung einer Drehleiter und die Gemeinde Worswede wird mit 210.000 Euro bei der Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges unterstützt. Das unterstreicht in besonderer Weise die Verantwortung des Landes für die Kommunen und ich bin Innenminister Boris Pistorius dafür persönlich sehr dankbar.

Gerade wenn sich Kommunen in schwieriger finanzieller Lage befänden, sind positive Signale und tatkräftige Investitionen wichtig. Insbesondere dann, wenn es um die Bewältigung von Herausforderungen geht, die mit dem Schutz der Bevölkerung zusammenhängen, ist es wichtig, dass die Kommunen nicht hingengelassen werden und das Vertrauen der Bevölkerung in die Verlässlichkeit des Staates beim Schutz vor unmittelbaren Gefahren nicht erschüttert wird.



“Kontakt”

Zuhören, wo der Schuh drückt, und konsequent anpacken: Darauf können Sie sich bei mir verlassen. Haben Sie Fragen oder Anregungen? Ich bin gerne für Sie da.

Herzliche Grüße

Oliver Lottke MdL

Auf einen Blick

Oliver Lottke MdL (Niedersachsen)

Anschrift: Lindenstraße 32 - 27612 Loxstedt-Nesse

Telefon: 04744 913 88 10

Internet: www.oliver-lottke.de

Mail: buero@oliver-lottke.de
